

FDP diskutiert mit DGB über Dienstrecht	2
Neues ver.di-Programm soll Beamtenrecht europäisieren	3
Sachsen-Anhalt: Protest für Beförderung junger Polizistinnen und Polizisten	4
Berlin: Arbeitgeber wollen Nullrunden bis 2006	4

INFORMATIONEN

für Beamtinnen und Beamte

www.beamten-informationen.de

Wechsel in der Redaktion

Danke Dorothee

Neun Jahre hat Dorothee Beck als Redakteurin Stil und Inhalt der „Informationen für Beamtinnen und Beamte“ geprägt. Am 1. Juni 1994 erschien die erste Ausgabe – als Info und in schwarzweiß.

Beamtenrechtliche Stellungnahmen lesbar und verständlich zu machen, das ist Dorothee Beck vorzüglich gelungen, gleiches gilt auch für den Spürsinn, um aus der Fülle von Informationen die wesentlichen herauszufiltern und insbesondere für schnelle LeserInnen zu präsentieren.

Das Beamten-Info erscheint 14-täglich. Deshalb und weil Redaktion, Grafik und Druckerei flexibel zusammenarbeiten, kann es aktuell sein. Einen nicht geringen Anteil daran hatte Dorothee Beck. Sie möchte sich nun neuen Aufgaben zuwenden und ihre Arbeitsbelastung verringern. Wer, wenn nicht wir Gewerkschafter, hätten dafür Verständnis. Wir sind dankbar, dass ein kompetenter und kreativer journalistischer Kopf die Beamtenpolitik nicht endgültig verlässt und für Projekte zur Verfügung steht. Wir wünschen Dorothee Beck Glück, Erfolg, Ausdauer und für ihre neuen Projekte eine genauso „flüssige Feder“ wie für das Beamten-Info.

Wie ein Schiff nicht ohne Kapitän gesteuert werden kann, so kann das Beamten-Info nicht ohne eine Journalistin gestaltet werden. Wir sind deshalb froh, dass Dorothee Beck uns bei der Nachfolge unterstützt hat und wir Barbara Haas für diese Aufgabe gewinnen konnten. Sie wird die Linie unserer Publikation fortsetzen, aber sicher auch neue Akzente setzen.

Ingrid Sehrbrock

Beamtinnen und Beamte demonstrieren für einheitliche Besoldung

„Klauseln verfestigen regionale Ungerechtigkeit“

Öffnungsklauseln beim Weihnachts- und Urlaubsgeld machten die noch ausstehende Besoldungsanpassung zur Farce, warnten die DGB-Gewerkschaften bei Protesten vor der Innenministerkonferenz in Erfurt.

Rund 100 Feuerwehrleute, Polizisten und Polizistinnen sowie LehrerInnen forderten die Ressortchefs bei der Innenministerkonferenz in Thüringen auf, die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst zu erhalten. Ein 18 Meter langes ver.di-Transparent mit der Aufschrift „Einklinken statt abkoppeln“ sollte die Politiker an das Versprechen von Innenminister Otto Schily (SPD) erinnern, die Beamtinnen und Beamten zeit- und inhaltsgleich am Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst zu beteiligen. „Die Übertragung ist noch immer nicht erfolgt“, kritisierte ver.di. Schilys Entwurf zum Besoldungs- und Versorgungsgesetz sieht jedoch vor, dass Beamtinnen und Beamte die Gehaltserhöhung drei Monate später als die Tarifbeschäftigten bekommen sollen.

Die DGB-Gewerkschaften befürchten, dass durch die Bundesratsinitiative zum Weihnachts- und Urlaubsgeld (Öffnungsklauseln) und den Austritt einzelner Länder aus der Tarifgemeinschaft „ein finanzpolitischer Flickenteppich“ entsteht. „Verlierer im Wettbewerbsföderalismus um die Fachkräfte werden die kleineren und finanzschwachen Länder sein“, prophezeit der DGB. Finanzschwache Länder würden die Sonderzuwen-



Beamte symbolisieren Thüringens Innenminister Andreas Trautvetter, dass sie „mehr wert sind als einen Apfel und ein Ei“. (Foto: GdP)

dungen streichen, finanzstarke sie erhöhen. „Die soziale Ungerechtigkeit zwischen den Regionen, insbesondere zwischen Ost und West, wird durch diese Besoldungspolitik verfestigt“, mahnt der DGB. Die tarifvertraglich vereinbarte Anpassung der Ostbesoldung an das Westniveau bis 2007 werde zur Farce, ebenso die Besoldungsanpassung – je nach Absenkung der Sonderzuwendung. Bei einer Absenkung auf 65 Prozent sei der Einkommenszuwachs bei einem Bruttomonatseinkommen von 2000 Euro zunichte.

Um zu zeigen, dass Beamtinnen und Beamte „mehr wert sind als einen Apfel und ein Ei“ übergaben die Demonstranten dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz Andreas Trautvetter (CDU) einen Korb mit Äpfeln und Eiern. Trautvetter schloss Öffnungsklauseln als „Instrument für einen gesunden Wettbewerb“ nicht aus. Bei den Öffnungsklauseln seien Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen die Ansprechpartner. Als Geberländer gäben sie die Richtung vor, der die Nehmerländer folgen müssten.



FDP-Bundestagsfraktion hört DGB zum Beamtenrecht Nachgefragt

Dienstrechtliche Fragen bei Beamtinnen und Beamten standen im Mittelpunkt eines Hearings der FDP-Bundestagsfraktion am 8. Mai.

DGB-Vorstandssekretär Egbert Biermann, Vertreter der Stadt Hamburg, des Deutschen Städtetages und der Wissenschaft diskutierten mit FDP-Politikern statusrechtliche Fragen bis hin zum Streikrecht für Beamtinnen und Beamte.

Diskussionsschwerpunkte waren leistungsorientierte Bezahlung und die im Bundesrat beschlossenen Kompetenzverlagerungen auf die Länder, die demnach das Weihnachtsgeld kürzen und das Urlaubsgeld streichen können.

Der DGB kritisierte diese geplanten Änderungen. Die finanziellen Nöte der Länder würden hier auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten ausgetragen. Außerdem drohe ein ruinöser Besoldungsföderalismus. Leistungsorientierte Bezahlung werde den Beschäftigten dagegen in der überwiegenden Zahl der Bundesländer verwehrt.

Die Erfahrungen mit monetären Leistungsanreizen wertete Egbert Biermann mit dem Bild: „Als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet.“ Die Länder hätten 1997 die leistungsorientierte Bezahlung gefordert, das Instrument jedoch kaum angewandt. In den meisten Bundesländern gebe es weder Leistungsprämien, noch -zulagen.

Die Vertreter aus Hamburg stellten die finanziellen Auswirkungen der Versorgung von Beamtinnen und Beamten auf die Landeshaushalte heraus. Sie kritisierten, dass in der Vergangenheit zu viele Männer und Frauen verbeamtet worden seien. Den Einwänden der Gewerkschaften, die Probleme lägen in der mangelnden Vorsorge, stimmten sie zu. In Hamburg sei man allerdings dabei, Rückstellungen zu bilden. Die seit 1999 aufgebaute Versorgungsrücklage reiche dagegen nicht einmal aus, um die Versorgungsausgaben für ein Jahr zu bestreiten.

VerwaltungsmitarbeiterInnen sollen fürs E-Government geschult werden

Profis für die Online-Welt

Eine „Qualifizierungsoffensive“ beim E-Government verlangt ver.di-Chef Frank Bsirske für die Verwaltungsmitarbeiterinnen. Vor Fremdvergabe und mangelndem Fachwissen in der Verwaltung wurde beim ver.di-Kongress „eDemokratie – eGovernment – öffentliche Dienste“ gewarnt.

Ver.di-Bundesvorstand Kurt Martin besaßte sich in Berlin beim ver.di-Kongress zum Wandel der Arbeitswelt und öffentlicher Infrastrukturleistungen kritisch mit einem der Hauptargumente für die Einführung von E-Government: Kostenersparnis. Die Möglichkeit, BürgerInnen einfachere und schnellere Verwaltungsabläufe über das Internet anzubieten, setze hohe Anfangsinvestitionen voraus. Es müsse klar sein, wie sie bei leeren kommunalen Kassen aufgebracht werden sollen. Martin warnte davor, Kosten beim Personal zu sparen. Ausreichend technisches Personal sei Voraussetzung, um den Anforderungen des E-Government gerecht zu werden. Die Verwaltung brauche Fachwissen und müsse sich weiterqualifizieren können. Die Gefahr bestehe, dass MitarbeiterInnen nicht mehr in der Lage seien zu beurteilen,

welche Technologie sie einkaufen – geschweige denn, die Leistungen selbst zu erbringen. Martin gab zu bedenken, dass durch Fremdvergabe elektronischer Verwaltungsabläufe und mangelnde technische Kompetenz die öffentliche Verwaltung sich ihre eigene technische Infrastruktur wegprivatisieren und die Abhängigkeit von Privaten unüberschaubar hoch werden könnte.

„Es ist wichtig, beim Aufbau des E-Government das verwaltungsinterne Wissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu nutzen“, betonte ver.di-Chef Frank Bsirske. Das sei Grundvoraussetzung, um „das erhoffte Mehr an Service gewährleisten zu können“.

In einem Zehn-Punkte-Katalog für ein öffentliches und demokratisches E-Government forderte Bsirske eine „Qualifizierungsoffensive“ für die VerwaltungsmitarbeiterInnen. Nur eine rechtzeitige und qualifizierte Schulung der Beamtinnen, Beamten, Angestellten und ArbeiterInnen führe zum Erfolg. „Die finanziellen Ressourcen und zeitlichen Budgets für die Qualifizierung für die Online-Welt müssen zur Verfügung gestellt werden“, verlangte er.

 Weitere Informationen zum Kongress: www.government.de (Link aktuell)



Jetzt günstiges Baugeld!

Private Vorsorge mit Wohneigentum.

Für meine Zukunft seh' ich blau.

www.bhw.de

Ein eigenes Haus – günstig finanziert mit BHW.

Sprechen Sie mit Ihrem BHW Berater.
Sie finden ihn im Telefonbuch unter BHW. Oder wählen Sie die Baugeld-Hotline:
0180 / 22 44 412 (0,06 EUR pro Gespräch).

BHW
Ihr FinanzPartner
Haus • Geld • Vorsorge

Ver.di warnt vor Sozialabbau im öffentlichen Dienst

„Horror katalog“ befürchtet

Ver.di plädiert dafür, das Beamtenrecht zu modernisieren statt es mit Öffnungsklauseln auszuhöhlen. Sie seien ein „Einfallstor für Sozialabbau“ im öffentlichen Dienst. Mit einem neuen beamtenpolitischen Programm will ver.di das Beamtenrecht stärker europäisieren.

Die Entscheidung des Bundesrates zu Öffnungsklauseln beim Weihnachts- und Urlaubsgeld ist aus Sicht von ver.di-Bundesvorstand Christian Zahn ein „Einfallstor für Sozialabbau“ im öffentlichen Dienst. Zahn verwies bei der ver.di-Bundeskonferenz für Beamtinnen und Beamte in Berlin darauf, dass die Bundesländer bei Gebrauch der Öffnungsklausel weniger oder gar keine Sonderzuwendungen mehr zahlten.

„Wenn bei Beamtinnen und Beamten Öffnungsklauseln zugelassen werden, dauert es nicht lange, bis sie als Horror katalog für den ganzen öffentlichen Dienst auf dem Tisch liegen“, warnte Bundesbeamtensekretär Klaus Weber bei der Konferenz mit dem Titel „aktiv – fortschrittlich – kompetent“.

Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Göttrik Wewer, bezeichnete die Öffnungsklauseln als eine Option für die

Länder, um die jährlichen Sonderzahlungen dezentral vom Dienstherren regeln zu lassen. „Wenn die Option da ist, wird sie auch angewandt“, rief ein Zuhörer. Ein anderer warf der Bundesregierung vor, für den „sozialen Kahlschlag“ keine Verantwortung übernehmen zu wollen.

Als Alternative zu Öffnungsklauseln schlagen ver.di und der DGB vor, das Beamtenrecht entsprechend der Reform des Bundesangestelltentarifs (BAT) zu modernisieren. Ver.di-Chef Frank Bsirske will die BAT-Reform mit einer Beamtenrechtsreform verzahnen. Eine Projektgruppe soll die Verhandlungen begleiten.

Zudem will ver.di das Beamtenrecht europäisieren. Dazu verabschiedeten die rund 90 Delegierten einen Antrag zum neuen beamtenpolitischen Programm „Die Modernisierung gestalten: Für eine zukunftsorientierte, der europäischen Integration verpflichtete ver.di Beamtenpolitik“. Ver.di spricht sich darin – ähnlich der nordrhein-westfälischen Bull-Kommission – für ein „einheitlichen Grundsätzen orientiertes Personalrecht“ aus. Die Besoldung soll sich mehr an der Tätigkeit als am „verliehenen Amt“ ausrichten. Dies schaffe eine gerechte Bezahlung.

Exklusiv für Deutschlands öffentlichen Dienst!

BSA-Versorgungswerk:

Versichert sein – und Beitrag sparen!

Dem BSA* sei Dank! Jetzt gibt es Versicherungsschutz für BSA-Mitglieder mit spürbaren Beitragsvorteilen von bis zu 5,5%. Beim privaten Rundumschutz. Bei der Altersvorsorge. Bei der Dienstunfähigkeitsabsicherung – z.B. mit dem Einkommen-Sicherungsplan. Und – neuerdings – auch bei der privaten Krankenversicherung.

Profitieren auch Sie von einer Mitgliedschaft im BSA! Sicherheitshalber.

* Das BSA-Versorgungswerk ist eine Gründung des für die Vermittlung von Einkaufsvorteilen bekannten BSW Verbraucher-Service in Zusammenarbeit mit der DBV-Winterthur.

**NEU: Jetzt auch Beitragsvorteile
bei der privaten Krankenversicherung!**

DBV-Winterthur Versicherungen
Frankfurter Straße 50
65189 Wiesbaden
Telefon (01 80) 3 20 21 46
Telefax (01 80) 3 20 21 47

Die Unkomplizierten.

DBV-winterthur



ANGERISSEN

Laut Antrag des Generalanwalts beim Europäischen Gerichtshof dürfen **Bereitschaftsdienste** die tarifvertragliche Höchstgrenze von 48 Wochenstunden nicht überschreiten.

24 Stunden lang haben **Feuerwehrlente** am 14. und 15. Mai in Hannover über ihre Arbeit informiert und gegen Einbußen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld protestiert.

Sachsen-Anhalts Polizistinnen und Polizisten leisteten 2002 pro Kopf 1,6 **Wochenüberstunden**. Insgesamt waren es 723.356 Überstunden, laut Innenministerium 71.119 weniger als 2001.

Gehaltskürzung und vorläufige Suspendierung drohen laut Oberverwaltungsgericht Koblenz Beamtinnen und Beamten, die lange unerlaubt eine **Nebentätigkeit** ausüben. (Az: 3 B 10527/03.OVG).

Unter den 35.000 **Zollbeschäftigten** sind heute 22 Prozent Frauen, wie das Bundesfinanzministerium mitteilt. Die Erste begann 1951, im mittleren Dienst sind Frauen erst seit 1974.

Der 60-jährige Bauingenieur Armin Keppel folgt Horst Stuchly als Präsident des **Eisenbahn-Bundesamtes**.

Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen wollen in der **Steuerverwaltung** kooperieren. Bis Herbst soll es Vorschläge geben.

Das Renten Plus

www.Das-RentenPlus.de

INTERNETVERZEICHNIS

www.klinikverzeichnis-online.de

Die Internetplattform für Heilkuren, Kliniken, Beihilfevorschriften und PKV

www.dbw-online.de

DBW-Ratgeberreihe für Beschäftigte im öffentlichen Dienst/Sektor

– Anzeige –

LANDESNACHRICHTEN Berlin

Kein Gespräch

Nach einem für ver.di „skandalösen Angebot“ der Arbeitgeber hat die Gewerkschaft die neue Runde der Tarifverhandlungen abgesagt. Der Senat will für die rund 100.000 Tarifbeschäftigten Nullrunden bis 2006 und Einschnitte beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld erreichen. Dafür bietet er eine Beschäftigungssicherung bis 2006, eine Absenkung der Wochenarbeitszeit im Osten von 40 auf das Westniveau von 38,5 Stunden sowie sechs zusätzliche freie Tage und 500 Ausbildungsplätze. Am meisten empöre die Gewerkschaften, dass der Senat eine dauerhafte Abkopplung vom Flächentarif festschreiben wolle, sagte ver.di-Verhandlungsführer Roland Tremper. Den Austritt Berlins aus den kommunalen Arbeitgeberverbänden erklärte das Berliner Arbeitsgericht für unzulässig und gab damit ver.di Recht. Das Land kündigte Berufung an.

Sponsoring-Regeln

Um Korruption in der Bundesverwaltung vorzubeugen, hat das Bundeskabinett Regeln zum Sponsoring erlassen. Die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung zur Förderung von Tätigkeiten des Bundes durch Leistungen Privater (Sponsoring, Spen-

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,
Abt. Öffentlicher Dienst/Beamte,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Tel.: 0180/583-5226,
Fax: 0180/532-9226
infoservice@beamten-informationen.de
www.beamten-informationen.de
Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid
Sehrbrock; Redaktion: Barbara Haas,
Uwe Tillmann; Druck: toennes satz +
druck gmbh, erkrath;
Gestaltung: twmd GmbH

den und sonstige Zuwendungen)“ stellt fest, dass Sponsoring dazu beitragen kann, Verwaltungsziele zu erreichen. Die Leistungen müssten jedoch durchschaubar gemacht werden, um Parteilichkeit zu vermeiden. Daher will die Regierung das Parlament und die Öffentlichkeit alle zwei Jahre in einem Sponsoringbericht informieren. Die Länder haben Grundsätze für Sponsoring erarbeitet, die in den Fachministerkonferenzen beraten werden.

i Die Verwaltungsrichtlinie zum Sponsoring steht im Internet unter: www.bmi.bund.de/Downloads/Entwurf_Sponsoring.pdf.

LANDESNACHRICHTEN Sachsen-Anhalt

„Sofort befördern“

Die Junge Gruppe der GdP Sachsen-Anhalt protestiert dagegen, dass das Land 32 Absolventen der Polizeifachhochschule

nicht in den gehobenen Dienst übernommen hat. Ihr Landesvorsitzender Holger Jungklaus fordert, dass sie „sofort zu Kommissarinnen und Kommissaren ernannt“ werden. „Der Haushalt ist da, nun müssten auch die Stellen da sein“, folgert er. Staatskanzleichef Rainer Robra hatte nach ersten Protesten der GdP versichert, die Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen würden noch dieses Jahr befördert. Nur drei der 35 Absolventinnen und Absolventen der dreijährigen Ausbildung in Aschersleben seien im gehobenen Dienst eingestellt worden. Die anderen seien ohne entsprechendes Amt in die Dienststellen versetzt worden, moniert die Junge Gruppe. Mit Berlin stehe Sachsen-Anhalt nun an der Spitze der negativen Vorbilder.

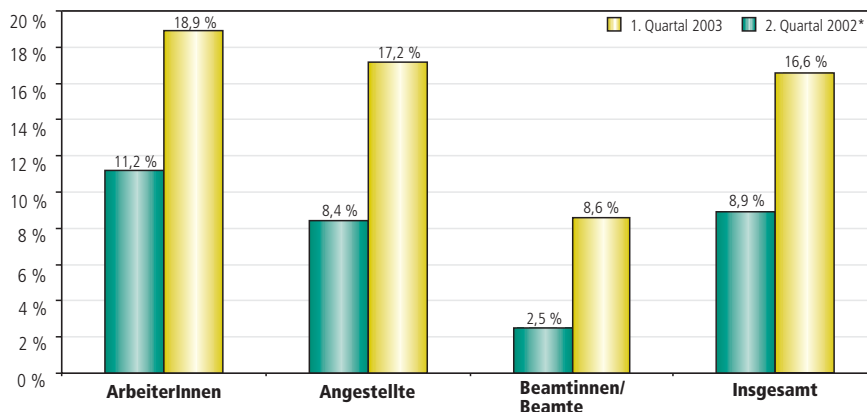
LANDESNACHRICHTEN Hamburg

Neues Zeitmodell

Hamburg führt kommendes Schuljahr ein neues Arbeitszeitmodell für LehrerInnen ein. Das vom Senat beschlossene Konzept bezieht außer den Pflichtstunden auch Vorbereitungs- und Korrekturzeit sowie Klassenlehrertätigkeit und Projektarbeit in die Arbeitszeit ein. Bildungsminister Rudolf Lange (FDP) verspricht sich davon eine gerechtere und transparentere Arbeitsverteilung. Für Projekte außerhalb der Unterrichtszeit könne jede Schule 15 Prozent der LehrerInnenarbeitszeit einplanen. Aus Sicht der GEW läutet der Senat mit dem Arbeitszeitmodell die nächste Kürzungsrunde ein. „1000 fehlende LehrerInnenstellen sollen damit erwirtschaftet werden“, warnt sie. Lange bestreitet das: „Es bleibt bei den drei Konstanten der Hamburger Bildungspolitik: Die Schülerzahl liegt bei rund 235.000, die der Lehrerstellen bei 13.700 plus einer jährlichen Steigerung um 100, und die Stundenpläne verändern sich auch nicht.“

7 3 8² ZAHLEN.DATEN.FAKTEN

Abgeschlossene Riester-Renten



*Befragt wurden 2002 Frauen und Männer zwischen 30 und 50 Jahren

Quelle: Bertelsmann-Stiftung, 2003

Die Zahl der abgeschlossenen Riester-Rentenverträge ist Anfang 2003 sprunghaft gestiegen. In den höheren Einkommensgruppen wuchs sie vergleichsweise am stärksten. Die Wissenschaftler der Bertelsmann-Studie führen dies darauf zurück, dass besser Verdienende sich intensiver über private Altersvorsorge informieren. Zu wenige Menschen sorgten jedoch privat vor. Der DGB bietet vor allem Beamtinnen und Beamten eine zusätzliche Altersversorgung mit „Das RentenPlus“ (www.Das-RentenPlus.de).